

## Welchen Generationenvertrag brauchen wir?

*Dr. Reiner Klingholz, Direktor Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung  
Vortrag am 04. Juni 2015 beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Besucher des Kirchentages!

Wenn wir über den Generationenvertrag sprechen, denken wir gemeinhin an das Verhältnis zwischen der so genannten mittleren Generation, das sind die Menschen, die im Erwerbsleben stehen, und den Jüngeren, den Kindern und Jugendlichen, die noch nicht wirtschaftlich aktiv sind sowie zu den Ruheständlern, die nicht mehr wirtschaftlich aktiv sind.

Es gibt in diesem Zusammenspiel also drei Generationen - Jung, Mittel und Alt. Die mittlere teilt dabei ihren Wohlstand mit den Kindern und den Älteren, die jeweils noch nicht oder nicht mehr für den eigenen Lebenserwerb sorgen können.

Das kommt uns gerecht vor, denn wenn die Jungen erst einmal groß geworden sind, schlüpfen sie in die Rolle der mittleren Generation und sorgen dann ihrerseits für die Älteren und die Jüngeren und so weiter. Jeder Mensch wird damit im Idealfall zweimal unterstützt. Und zwar in der Jugend und im Alter jeweils für etwa 20 Jahre. Und jeder leistet im Schnitt 40 Jahre seinen Beitrag zur Unterstützung jener, die es nötig haben. So weit – so gut.

Dieses Modell ist aber, zumindest heutzutage, zu kurz gedacht. Denn zum einen gerät das Modell zusehends in Schiefelage. Und zweitens ist dies nicht ist der einzige Lastenausgleich zwischen den Generationen.

Das Modell gerät in Schiefelage, weil die Generation der Kinder seit 40 Jahren um ein Drittel kleiner ist als die ihrer Eltern. Damit sammeln sich im oberen Teil der Bevölkerungspyramide, also bei den Älteren, immer mehr Menschen, während jene, die wirtschaftlich aktiv sind, immer weniger werden.

Zusätzlich haben wir eine Reihe von anderen Lasten, die auf künftige Generationen zukommen. Diese erben beispielsweise die bereits aufgelaufenen Staatsschulden, die sich notgedrungen auf immer weniger Schultern verteilen. Sie erben auch eine große Zahl von Versorgungsversprechen, die der Staat seinen Bürgern gegeben hat oder immer noch gibt, für die aber keine Einnahmen in entsprechender Höhe gegenüberstehen werden – etwa die Pensionszahlungen an Beamte und Soldaten. Diese Verbindlichkeiten sind etwa doppelt so hoch wie die offizielle Staatsverschuldung. Insgesamt wälzen wir damit eine Summe von rund sechs Billionen Euro auf zukünftige Rückzahler ab. Das entspricht mehr als dem Bruttoinlandsprodukt von zwei Jahren. Anders ausgedrückt: Um diese Summe zusammenzubekommen, müssten die Deutschen über zwei Jahre lang arbeiten und den kompletten Verdienst bei den Gläubigern abgeben.

Wir vererben künftigen Generationen zusätzlich eine Welt mit Klimawandel und andere gravierende Umweltveränderungen, die das Leben unserer Nachfolger nicht ebeneinfacher machen.

Und wir vererben eine Welt mit einem hohen Bevölkerungswachstum in den armen Ländern, welches dort zunehmend Probleme bereitet. Denn diese Länder können für ihre Bewohner nicht im ausreichenden Maße versorgen, vor allem nicht mit Arbeitsplätzen. Die Flüchtlingsströme, die wir

heute registrieren und die sich mit Sicherheit intensivieren werden, sind nur eine Folge dieser Probleme.

Wie verträgt sich all das mit dem Wunsch nach Generationengerechtigkeit?

Dabei geht es nicht darum, nachfolgenden Generationen die gleiche Welt zu hinterlassen, die wir vorgefunden haben, denn sie ändert sich fortwährend. Wenn wir das wollten, hätten wir eine falsche Vorstellung von Gerechtigkeit.

Aber wir sollten künftigen Generationen zumindest ausreichend Chancen und Handlungsmöglichkeiten gewähren, damit sie auf ihre jeweiligen Herausforderungen reagieren können. Generationengerechtigkeit ist dann erreicht, wenn die Chancen zukünftiger Generationen auf Befriedigung der eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation.

Die Frage ist: Leisten wir diese Gerechtigkeit?

Ich glaube, wir tun es nicht. Und wir sollten diesen Missstand beheben.

Wir beobachten weltweit eine Reihe von langfristigen Entwicklungen, die schon heute absehbare Probleme und geringere Handlungsmöglichkeiten für unsere Nachkommen mit sich bringen werden.

Wir wissen um diese Entwicklungen seit Jahrzehnten. Aber wir sind mit diesem Wissen (mit wenigen Ausnahmen) nicht sonderlich verantwortlich umgegangen. Wir haben praktisch nichts getan, um die Entwicklungen zu verhindern. Und wir haben keinerlei Rücklagen gebildet, um deren Folgen bewältigen zu können.

Im Gegenteil, wir profitieren von den vorübergehenden Vorteilen dieser Entwicklungen: Am Beispiel des Klimawandels heißt das: Wir verheizen viel zu große Mengen fossiler Brennstoffe, weil es uns heute einen Vorteil erbringt.

Für die demografische Entwicklung bedeutet das: Wir nutzen derzeit in Deutschland die letzte Phase einer so genannten demografischen Dividende. Eine solche Dividende ergibt sich immer dann, wenn besonders große Anteile der Bevölkerung im Erwerbsalter sind, wie bei uns die Babyboomer. Diesen geburtenstarken Jahrgängen, die sich sehr verdient um die Volkswirtschaft machen, verdanken wir die derzeit hohen Beschäftigungsquoten, die Rekord-Steuereinnahmen und die hohen Zahlungen in die Sozialkassen. Die demografische Entwicklung ist damit heute noch sehr vorteilhaft für uns. Aber das wird nicht so bleiben.

Wir legen zudem nichts von den Gewinnen der Gegenwart für die Zukunft zurück. Wir planen weder für die Zeit, in welcher der Klimawandel arme Menschen in die Flucht treibt. Noch planen wir angemessen für jene Zeit, in der unsere geburtenstarken Jahrgänge von Erwerbstätigen zu Transferempfängern werden.

Wir wissen beispielsweise, dass durch die Alterung der Babyboomer die Zahl der Leistungsempfänger (für die Rente, die Krankenversorgung, die Pflege) in den kommenden Jahren stark steigen wird und

dass die Zahl derer, die das dafür notwendige Geld erwirtschaften, deutlich sinkt. Aber wird erfinden immer neue Wohltaten für die wachsende Gruppe der Älteren, die dann von der schrumpfenden Gruppe der Jüngeren zu finanzieren sind. Um die 2025/2030 herum, also in gut zehn Jahren, wird jeder Jahrgang, der ins Ruhestandsalter hineinwächst (und zwar egal, ob sie das mit 65, 67 oder 68 Jahren tun) doppelt so groß sein, wie jener, der ins Erwerbsleben aufsteigt. Für zehn neue Ruheständler steigen dann nur fünf junge Kräfte in den Arbeitsmarkt auf – von denen wir hoffen müssen, dass sie allesamt gut ausgebildet sind, denn nur dann können sie uns Ältere finanzieren.

Aber auch diese Hoffnung ist getrübt. Denn wir nehmen auch in dieser Frage künftigen Generationen die Handlungsfähigkeit, weil wir sie nicht gut genug ausbilden. Wir vernachlässigen vor allem den Anfang der Bildungskarriere von Kindern. Zu diesem Zeitpunkt entstehen die größten volkswirtschaftlichen Verluste, wenn wir einen Teil der Befähigten zurücklassen. Wir lassen Kinder zurück, deren Potenzial wir noch nicht einmal kennen. In dieser frühen Zeit entscheidet sich ganz wesentlich, welche Karriere diese Kinder einmal einschlagen werden. Werden sie gefördert, ist die Chance groß, dass sie einmal Abitur machen und einen gut bezahlten Job bekommen. Lernen sie nicht ausreichend sprechen, lesen oder rechnen, dann landen sie mit großer Wahrscheinlichkeit bei den wirtschaftlichen Verlierern.

In Deutschland besucht nur etwa ein Viertel aller unter Dreijährigen eine Einrichtung zur frühkindlichen Bildung. Das muss in einem hochentwickelten Land nicht so sein. Im Nachbarstaat Dänemark sind es immerhin zwei Drittel. Besonders selten besuchen Kinder aus Migrantenfamilien diese Einrichtungen – und das obwohl diese Kinder über 30 Prozent unseres Nachwuchses stellen, also ein wichtiger Teil unserer Zukunft und eine gegen den Trend wachsende Bevölkerungsgruppe sind.

Nur 14 Prozent der Kinder von Eltern, die selbst höchstens einen Hauptschulabschluss haben, besuchen ihrerseits ein Gymnasium – von der Begabung her wären dazu mindestens doppelt so viele in der Lage. Sechs bis sieben Prozent aller Jugendlichen scheitern gar am Hauptschulabschluss. Und auch von denen, die ihn erreichen, fehlt es vielen an Basisqualifikationen wie Lesen, Schreiben und Grundrechenarten. Es ist klar, dass nicht jeder jugendliche das Zeug für einen Hochschulabschluss hat – aber eine Grundqualifikation müssen wir allen mitgeben.

Die Arbeitslosenquote von Personen ohne Schulabschluss liegt fünf- bis sechsmal über jener von Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Wir schicken immer noch viel zu viele junge Menschen ins Leben, die kaum eine Chance auf ein geregelteres Erwerbsleben haben. Wir verschenken damit Potenziale in einem Bereich, wo wir einen großen Mangel verzeichnen. Wir beschränken damit die Handlungsfreiheiten künftiger Generationen.

Wir könnten also dem demografischen Wandel mit besserer Bildung begegnen – aber nur, wenn das dafür notwendige Geld nicht schon langfristig in anderen Bereichen gebunden wäre.

Wir bräuchten einen fairen Kompromiss zwischen Jung und Alt. Wir sollten nicht die Generationen gegeneinander ausspielen, um Gottes Willen keinen „Krieg der Generationen“ anzetteln. Aber dafür müssen wir allen Gruppen schonungslos deutlich machen, was die beste und fairste Lösung für alle Beteiligten ist.

So ist völlig klar, dass in dem Wohlfahrts- und Sozialstaat Deutschland viele Leistungsversprechungen der Vergangenheit nicht mehr zu halten sind, weil sie unter der Vorstellung des ewigen Wachstums

ausgesprochen wurden. Wir können nicht einerseits alle zehn Jahre zwei bis drei Jahre an Lebenserwartung hinzugewinnen. Das heißt, plastisch ausgedrückt, wir haben während unseres ganzen Lebens jeden Tag sechs Stunden Leben hinzugewonnen. Wenn Sie morgen früh aufwachen, schon wieder sechs Stunden, übermorgen noch einmal, und so weiter. Das ist gigantisch! Ein großes Geschenk!

Aber wir können nicht andererseits diese gewonnene Zeit einzig der Freizeit zuschlagen. Und gleichzeitig annehmen, diese Freizeit sei von einer kleiner werdende Schar von Erwerbstätigen zu finanzieren. Aber genau dies hat uns die Sozialpolitik lange vorgegaukelt und – ganz wichtig – wir haben es bereitwillig geglaubt.

Warum also koppeln wir nicht längst das Renteneintrittsalter an die ständig steigende Lebenserwartung? Wir müssten dazu nur jedes zugewonnene Jahr zu einem Drittel dem Ruhestand und zu zwei Drittel der Arbeitsphase zuschlagen. Genau dieses Verhältnis leben wir heute – im Schnitt arbeiten wir 40 Jahre und verbringen 20 Jahre im Ruhestand. Steigt die Lebenserwartung um drei Monate, gehen zwei davon aufs Arbeitsleben und einer auf die Freizeit. Nichts, absolut nichts würde sich damit ändern.

Eine solche kontinuierliche Erhöhung wäre transparent und nachvollziehbar. Sie würde die Diskussion um das Rentenalter überdies ein für allemal aus dem parteipolitischen Streit in Vorwahlzeiten verbannen. Heutige und künftige Generationen würden gleich behandelt und gemessen an ihrem immer längeren Leben gleich lange einzahlen und gleiche Leistungen beziehen. Bei der zu erwartenden weiteren Steigerung der Lebenserwartung wären wir im Jahr 2060 bei einem Renteneintrittsalter von 70 Jahren angekommen. Ob Ihnen das gefällt oder nicht – fair wäre es.

Man braucht für diese Kalkulation nicht einmal höhere Mathematik, dafür reicht Hauptschule Sauerland, wie Franz Müntefering einmal gesagt hat. Sehr viel höhere Mathematik braucht man allerdings um zu erklären, wie man auf die Idee kommt, angesichts dieser Rahmenbedingungen, eine Rente mit 63 anzubieten. Wir haben jedenfalls große Schwierigkeiten, zu erklären, wie diese generationengerecht zu finanzieren wäre.

Der Philosoph Wolfgang Kersting hat in diesem Zusammenhang einmal gesagt, die stetige Erhöhung der Transferleistungen verwandle den Sozialstaat in eine Kriegskasse zur Finanzierung parteipolitischer Wiederwahlkampagnen.

So richtig das ist – die Frage ist, wie können politische Mehrheiten für ein Verteilen von Weniger gefunden werden, wenn ein wachsender Teil der Bevölkerung von den Leistungen des Wohlfahrts- und Sozialstaates profitiert? Und wenn dieser Teil, in dem die Älteren zuhause sind, nicht nur an Zahl sondern auch an Einfluss wächst? Denn die Wählermacht verlagert sich mehr und mehr zur Generation 60-plus.

Die über 60-Jährigen haben bei der Bundestagswahl 1980 rund ein Viertel der Wählerinnen und Wähler gestellt. 2013 war es bereits ein Drittel. 2030 werden es 43 Prozent sein. Weil Ältere überdies deutlich häufiger zur Wahl gehen als Jüngere – was den Parteien natürlich bewusst ist – haben sie dann praktisch eine demoskopische Mehrheit, also eine Mehrheit an der Wahlurne.

Keiner weiß, ob diese Älteren so eigennützig sind, dass sie dann tatsächlich für ihre eigenen Belange votieren. Oder ob sie altruistisch genug sind, sich für die Rechte und Belange der Jüngeren stark zu machen – für Menschen, die ja auch ihre eigenen Kinder und Enkel sind.

Ältere Menschen sind keineswegs unsolidarisch, das zeigen die Erfahrungen: Pro Jahr fließen – unabhängig von den Erbschaften – immerhin rund zehn Milliarden Euro von Senioren zu Kindern und Enkeln. Ältere engagieren sich zunehmend im zivilgesellschaftlichen Bereich. Sie sind also eine immer wichtiger werdende Stütze der Gesellschaft. Wir bauen auf die Älteren, allein schon weil es eine wachsende Bevölkerungsgruppe ist.

Das Problem sind weniger die älteren Wähler, als vielmehr der vorauseilende Gehorsam der Politik gegenüber vermeintlichen Ansprüchen der Älteren. Dazu müssen wir uns vor Augen halten, dass es in der Bundesrepublik nie eine Regierung ohne Beteiligung mindestens einer der beiden großen Volksparteien gegeben hat. Und dass diese Volksparteien aus naheliegenden Gründen immer die ökonomischen Interessen der älteren Wählerschaft vor Augen haben. Ohne diese Wählerschaft bräuchten die Volksparteien gar nicht erst antreten. Sie sind auf deren Stimmen angewiesen.

Es ist doch kein Zufall, dass Verbesserungen im Sinne der Ruheständler stets im Vorfeld von Wahlen beschlossen werden, wie etwa das Aussetzen der Rentenformel oder die „Rentengarantie“ von 2009, der zufolge die Altersbezüge in Deutschland niemals sinken dürfen. In diesem Zusammenhang ist eine große Koalition, in der beide Parteien die ältere Wählerschaft fest im Blick haben, der größte anzunehmende Unfall, ein Gau für die jüngeren Generationen.

Schon heute fließen 40 Prozent des gesamten Sozialbudgets in Leistungen für Ältere. In Bildung, von den Kindergärten bis zu den Hochschulen und zur Berufsbildung investiert der Staat nicht einmal halb so viel. Seit Jahren sinkt anteilmäßig das Bildungsbudget, während die Leistungen für Ältere steigen. Jetzt werden Sie sagen – das muss ja auch so sein, denn die Jungen werden weniger und die Alten mehr. Sollen wir die Älteren um ihre Lebensleistung bringen? Dürfen wir eine wachsende Altersarmut riskieren?

Ich glaube, das sind die falschen Fragen. Nicht nur weil die Armut unter Kindern und Jugendlichen hierzulande sechsmal häufiger ist als unter Älteren. Sondern auch weil wir uns die Frage stellen müssen, wie wir es schaffen, die heute Jungen so fit zu machen, dass sie einmal in der Lage sind, jene Mittel zu erwirtschaften, die für die Aufgaben des Staates, also auch für die Sicherung der Altersversorgung notwendig sind.

Derzeit beschneiden wir künftigen Generationen die Chancen und bemerken gar nicht, dass wir (Älteren) uns damit ins eigene Fleisch schneiden. Wir könnten künftige Altersarmut mit Sicherheit besser bekämpfen, wenn wir die Mittel, die heute in die Rente mit 63 fließen – also in die Finanzierung der Vergangenheit – in die Bildung stecken würden – also in eine Investition für die Zukunft.

Die Analyse einer falschen Politik ist das eine Thema – aber Ratschläge für eine bessere Politik sind das andere – und zugegeben das schwierigere. Was also wäre zu tun?

Es gibt hunderte von Vorschlägen für Reformen und Reförmchen, wobei die Gefahr groß ist, sich im Kleinen zu verheddern und das Große aus den Augen zu verlieren. Deshalb möchte ich hier drei Punkte erwähnen, die an grundsätzlichen Hebeln ansetzen, die einen großen Ausstrahlungseffekt auf weite

Bereiche der Gesellschaft und das Wohlergehen jedes Einzelnen vor allem in den kommenden Generationen haben.

Erstens: Das Beste und Wichtigste, was wir unseren Kindern und kommenden Generationen mitgeben können, ist Bildung. Eine künftige, gebildete Gesellschaft kann viel besser mit den hiesigen und globalen Problemen umgehen, die wir ihr heute einbrocken. Bildung garantiert im Schnitt höhere Einkommen, und damit höhere Einnahmen für den Staat, mit denen sich die Folgen des demografischen Wandels abfedern lassen. Bildung bedeutet aber auch für jeden Einzelnen und für die Gemeinschaft einen hohen Gewinn jenseits des Einkommens.

Bildung senkt die Kriminalitätsraten und lässt uns länger und gesünder leben. Besser Gebildete engagieren sich mehr für die Gemeinschaft. Und sie sind am besten in der Lage, eine Rente mit 67, 68 oder 70 Jahren auch einzulösen. Wenn wir erwarten, dass die Menschen angesichts des immer längeren Lebens länger arbeiten, dann müssen wir die Voraussetzung dafür schaffen, dass sie dies auch tun können und dass die Unternehmen sie auch beschäftigen wollen. Das geht nur mit einer guten Qualifikation, denn die Beschäftigungsquoten im Alter sind umso höher je besser die Ausbildung ist. Wir garantieren durch eine bessere Bildung nebenbei auch ein hohes Glücksempfinden für die Menschen, denn drei Dinge sind für unser Glück von besonderer Bedeutung: ein langes Leben, Gesundheit und eine Beschäftigung. All dies garantieren wir am ehesten über die Bildung. Und all dies sind die besten Voraussetzungen für eine Fairness gegenüber künftigen Generationen.

Der zweite Punkt betrifft die Familien. Es ist hundertmal gesagt, aber es ist wichtig zu wiederholen: Familien – also jedes Zusammenleben von Eltern mit ihren Kindern unabhängig von Form oder Rechtsstand – sind der Kern der Gesellschaft. Ohne Kinder hört eine Gesellschaft auf zu existieren. Die Menschen bekommen Kinder aus eigenem Antrieb. Kinder sind Teil der persönlichen Lebensplanung. Das ist gut so und das soll auch so bleiben. Niemand bekommt Kinder für den Staat. Aber die Menschen, die Kinder bekommen, leisten damit auch etwas Entscheidendes für die Gesellschaft, denn ohne Kinder endet der Generationenvertrag.

Allerdings wird diese Leistung unzureichend honoriert. Im traditionellen, familiären Generationenvertrag haben sich die Eltern um ihre Kinder gekümmert und diese haben im Gegenzug ihre Eltern im Alter versorgt. Viele Kinder zu haben war früher die Versicherung gegen Altersarmut.

Seit Bismarcks Alterssicherung haben wir diese Verantwortung von den Schultern der eigenen Kinder Schritt für Schritt auf die Gemeinschaft verlagert. Die sozialen Sicherungssysteme sind die Grundlage eines modernen Staates geworden. Aber sie sind in ihrer jetzigen Form unzulänglich.

Heute kann man im Alter zumindest eine Grundsicherung erwarten, die aus Steuermitteln finanziert wird. Oder man erhält Zahlungen aus dem Umlagesystem, wenn man selbst eingezahlt hat. Beide Zahlungen, Grundsicherung aus Steuermitteln und Überweisungen aus dem Umlagesystem, sind nur möglich, wenn junge Generationen etwas erwirtschaften.

Wer Kinder hat, zahlt in diesem System doppelt, nämlich direkt in die Sozialsysteme und für deren Fortbestand, nämlich über das Aufziehen der eigenen Kinder. Mütter oder Väter verzichten für eine bestimmte Zeit während der Kindererziehung auf ihr Einkommen oder Teile davon. Sie können weniger Rentenansprüche erwerben oder private Rücklagen machen. Je mehr Kinder die Menschen haben, umso größer sind die Einbußen.

Wer keine Kinder hat, gewollt oder ungewollt, kann hingegen durcharbeiten, kann ansparen und hat keine Kosten für den Nachwuchs. Eltern investieren also überproportional in den Fortbestand des Generationenvertrages, ohne dafür etwas Angemessenes zurückzubekommen. Der gesellschaftliche Mehrwert von Kindern wird sozialisiert, während die Kosten weitgehend privatisiert bleiben.

Die Politik redet gerne von Familienförderung, aber schon dieser Begriff ist falsch. Die Familien fördern die Restgesellschaft – und nicht umgekehrt. Wir brauchen somit einen Ausgleich für die Familien im Sinne der Generationengerechtigkeit. Keine Strafsteuer für Kinderlose. Aber beispielsweise gesonderte Rentenansprüche für Menschen, die Kinder großziehen. Denn diese Kinder sind eine Rentengarantie für alle.

Der dritte und letzte Punkt, den ich im Rahmen des Generationenvertrages erwähnen möchte, ist unser unerschütterlicher Glaube an das Wachstum.

Sie wissen: Unser Staatssystem benötigt Wirtschaftswachstum – zur Finanzierung der Sozialkassen und der Infrastruktur. Die Finanzmärkte brauchen Wachstum. Unsere Schuldenpolitik fußt auf Wachstum. Wir nehmen Schulden auf, als Privatmensch, als Unternehmen oder als Staat, in der Erwartung, dass wir die Schulden nebst den fälligen Zinsen aufgrund von künftigem Wachstum zurückzahlen können. Wachstum ist eine Art volkswirtschaftliches Naturgesetz. Das hat lange gut funktioniert – unter anderem weil die Bevölkerung gewachsen ist, was eine wesentliche Grundlage für das Wirtschaftswachstum war.

Jetzt erleben wir aber nicht nur in Deutschland, sondern in allen Industrienationen, und auch schon in den ersten Schwellenländern sinkende Wachstumsraten. Ökonomen sprechen bereits von einer „säkularen Stagnation“. Im Zehnjahresmittel liegen wir als europäisches Erfolgsland nur noch bei etwa einem Prozent, die EU liegt tiefer, Japan ist seit 25 Jahren nahe Null. Das ist weniger Wirtschaftswachstum, als für den Erhalt der Systeme eigentlich nötig wäre.

Für dieses schleichende Ende des Wachstums gibt es viele Gründe: Sättigungseffekte, die alternde Gesellschaft oder der Bevölkerungsrückgang, der in Japan oder Osteuropa längst Realität ist, den selbst China in wenigen Jahren erleben wird.

Wir liegen jetzt in Deutschland wie gesagt bei rund einem Prozent Wirtschaftswachstum. Die Alterung der Babyboomer steht unmittelbar bevor. Bis 2060 ist ein Minus von fünf bis zehn Millionen Einwohnern zu erwarten – trotz Zuwanderung. Glauben wir wirklich, dass wir unter diesen Bedingungen zu dem Wachstum der Vergangenheit zurückkehren? Ist Wachstum am Ende doch kein volkswirtschaftliches Naturgesetz?

Was tun die Regierungen, die Zentralbanken gegen diesen Rückgang, möglicherweise das Ende des Wachstums? Sie erfinden Investitionsprogramme oder Abwrackprämien, die sie über Schulden finanzieren müssen. Sie fluten die Märkte mit Geld, in der Hoffnung, die Unternehmen würden investieren, was sie aber gar nicht tun, weil sie keine Veranlassung dafür sehen. Sie senken die Zinsen, damit die Menschen ihr Geld eher ausgeben als es zu horten. Damit sie mit geliehenem Geld den Konsum ankurbeln.

Das führt zu einer absurden Situation: Wir erleben eine steigende Verschuldung bei sinkenden Wirtschaftswachstumsraten. Das ist höchst gefährlich, denn die althergebrachte Vorstellung, Schulden auf der Basis von künftig höherem Wachstum zurückzahlen zu können, löst sich in Wohlgefallen auf.

Anstatt nach Gesellschaftsmodellen zu suchen, die ein Wohlergehen der Menschen bei weniger oder ohne Wachstum garantieren, versuchen wir das Rad herumdrehen. Wir versuchen, das Wachstum von gestern zu erzwingen, koste es umwelt- und finanzpolitisch, was es wolle. Wir verschulden uns dabei an den Finanzmärkten, der Natur und an kommenden Generationen.

Wir bringen damit künftige Generationen in eine heikle Lage. Denn wie sollen sie denn mit den geerbten Schulden umgehen, wenn ihnen die Möglichkeiten für ein Wirtschaftswachstum weitgehend genommen sind? Gesellschaften in unserem Entwicklungsstand sind zu dem Wachstum der Vergangenheit ganz offensichtlich gar nicht in der Lage.

Ich glaube, wir müssen langsam lernen, das Schrumpfen notgedrungen zu akzeptieren, ja zu lieben. Denn das Bevölkerungswachstum geht zurück, weil sich die Gesellschaften entwickelt haben, weil es uns immer besser geht: Überall auf der Welt haben mehr Wohlstand, mehr Bildung und eine bessere Gleichstellung von Frauen und Männern, die Kinderzahlen sinken lassen – und zwar unter das Niveau, das ein langfristiges Bevölkerungswachstum garantiert. In rund 90 Ländern ist dies bereits der Fall.

Wenn sich aber aufgrund einer gewünschten Entwicklung – Wohlstand, Bildung, Gleichstellung – das Leben verbessert, wenn das Bevölkerungswachstum ein Ende nimmt, was ohnehin einmal irgendwann geschehen muss, weil wir auf einem begrenzten Planeten leben, warum akzeptieren wir nicht die bisher unerwünschten Folgen der gewünschten Entwicklung? Wenn das Altern und Schrumpfen der Bevölkerung dann auch noch zu weniger Wirtschaftswachstum führt, was mit weniger Schäden an der Umwelt verbunden sein dürfte, dann erreichen wir das, was die Umweltbewegung seit über 40 Jahren fordert.

Das alles läuft ohne großen Plan und auch nicht aufgrund unserer Vernunft, aber es läuft. Doch es wird nur funktionieren, wenn wir nicht einem Wachstum hinterherrennen, das sich unter den gegebenen Umständen gar nicht mehr bewerkstelligen lässt. Wenn wir in unseren Köpfen Wohlstand durch Wohlergehen ersetzen und wenn wir nebenbei zu einem neuen Verständnis von Umverteilung kommen. Einer neuen Umverteilung zwischen alt und jung, aber auch zwischen arm und reich. Und wenn wir so klug in die Zukunft investieren, dass wir ein Wohlergehen möglichst vieler Mitglieder der Gemeinschaft garantieren können.

Wir könnten damit unseren Kindern und Kindeskindern große Lasten ersparen.